

Löhner Anzeiger

Stadtblatt für Lahn und Umgegend.

Fernsprecher: Amt Schönau Nr. 10.

Fernsprecher: Amt Lahn Nr. 60.

Druck und Verlag von Franz Beuchel, Schönau (Rappach). — Für den Inhalt verantwortlich: Otto Herrmann, Schönau (Rappach).
Ausgabestelle und Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Markt Nr. 95 in Lahn und in der Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönau (Rappach).

Die Ausgabe

folgt wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich mit Boten 1,50 M., monatlich 50 Pf. frei Haus. Bei Bezug durch die Post 1,65 M., mit Abtrag 1,89 M.

Ämtliche Zeitung

für die Veröffentlichungen der städt. Behörden und des Amtsgerichts.

Anzeigenpreis

1spaltige Grundzeile oder deren Raum 15 Pf., für ausw. Anzeigen 20 Pf., Zertzeile 40 Pf. Bei gerichtl. Weitreibung kommt die Ermäßigung in Wegfall. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag vormittags 9 Uhr.

Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in unserem eigenen Betriebe oder denen unserer Lieferanten hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Anzeigende in obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für die richtige Wiedergabe von durch Fernsprecher ausgegebenen Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 57.

Lahn, Sonnabend, den 17. Mai 1919.

16. Jahrg.

Gegen den Gewaltfrieden.

Massendemonstrationen im Osten.

In Thorn fanden sich am Mittwoch nachmittag ungezählte Tausende aus allen Bevölkerungsschichten zu einer Massendemonstration gegen den Gewaltfrieden und die Losreißung der alten Provinz Ostpreußen auf dem alten Markt um das altehrwürdige Rathaus ein. Nach Glockengeläute von allen Kirchtürmen und gemeinsamen Gesängen wurden gleichzeitig an den vier Ecken des Rathauses Protestansprachen gehalten. Darauf wurden Protesttelegramme abgehandelt. In feierlichen Zügen ging es dann zu den Kirchen, wo Gottesdienste abgehalten wurden. — In allen größeren Orten des ober-schlesischen Industriebezirks fanden am Mittwoch mächtige Demonstrationsversammlungen statt, die ihrer Wucht und Geschlossenheit ein Bild von der Erregung der Massen gaben über diesen Gewaltfrieden im allgemeinen, über die Loslösung Oberschlesiens im besonderen. Nach Schätzung werden die Teilnehmer an der Demonstrationsversammlung in Ratibor auf über 25 000 Personen, in Beuthen und Gleiwitz auf annähernd dieselbe Stärke, in Plettschen und Kassel auf über 10 000 angegeben. In Kattowitz erreichte die Demonstration den Höhepunkt, als die Demonstranten vor den Sitz des Staatskommissariats zogen, wo Staatskommissar Hoersing im Namen der Regierung erklärte, einem solchen Frieden könne die Regierung nie zustimmen, Oberschlesien an ein Land, an einen Staat zu geben wie Polen, das hieße alles vernichten, was deutscher Fleiß und deutsche Intelligenz

aufgebaut haben. Die Regierung werde sich Mühe geben, mit den Feinden in Verhandlungen zu kommen, und versuchen, sie davon zu überzeugen, daß dieses Friedensinstrument nichts weiter wie ein Mord an der Kultur der gesamten Menschheit darstelle. — In Orlitz demonstrierten Massendemonstrationen von vielen Tausenden Männern und Frauen auf den drei großen Plätzen gegen den Gewaltfrieden. Redner aller Parteien hielten Ansprachen.

Berliner Kundgebungen.

Eine vom Bürgerrat von Groß-Berlin und vom Hansabund im Zirkus Busch am Dienstag gemeinsam veranstaltete Protestversammlung der Groß-Berliner Bürgerschaft gegen den Gewaltfrieden nahm nach Ansprachen der Vorsitzenden beider Korporationen, des Konsuls Marx und des Abg. Dr. Nießer, über die vernichtenden und unerfüllbaren Bedingungen der Entente eine Entschliebung an, die schärfsten Einspruch gegen die Unterzeichnung des Schmach- und Elendfriedens einlegt. Im Anschluß an diese Tagung bewegte sich abends ein riesiger Demonstrationzug nach dem Hotel Adlon, Unter den Linden, in dem die Mitglieder der Entente-Kommission Wohnung genommen haben. Dort stimmte die riesige Menge in den Ruf: „Nieder mit dem Gewaltfrieden, nieder mit Clemenceau!“ ein. Dann zog die Menge unter den unausgesetzten Rufen: „Nieder mit England, nieder mit dem Gewaltfrieden!“ nach dem Reichskanzlerpalais und forderte das Erscheinen eines Regierungsvertreters. Bald erschien Scheidemann am Fenster und hielt eine

Ansprache. Als der Ministerpräsident auf die 14 Punkte Wilsons zu sprechen kam, wurden Rufe: „Nieder mit Wilson!“ laut. Der Ministerpräsident richtete die dringende Mahnung an die Menge, sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen, und die Aufforderung, sich geschlossen hinter die Regierung zu stellen.

Im besetzten Rheinland

sind die von den verschiedenen politischen Parteien für die nächsten Tage geplanten Protestversammlungen gegen die Friedensvorschläge von den Militärbehörden durchweg verboten worden, auch in der amerikanischen Zone. Dagegen werden aus der englischen Zone derartige Verbote bisher nicht gemeldet.

Roske über den Friedensvertrag.

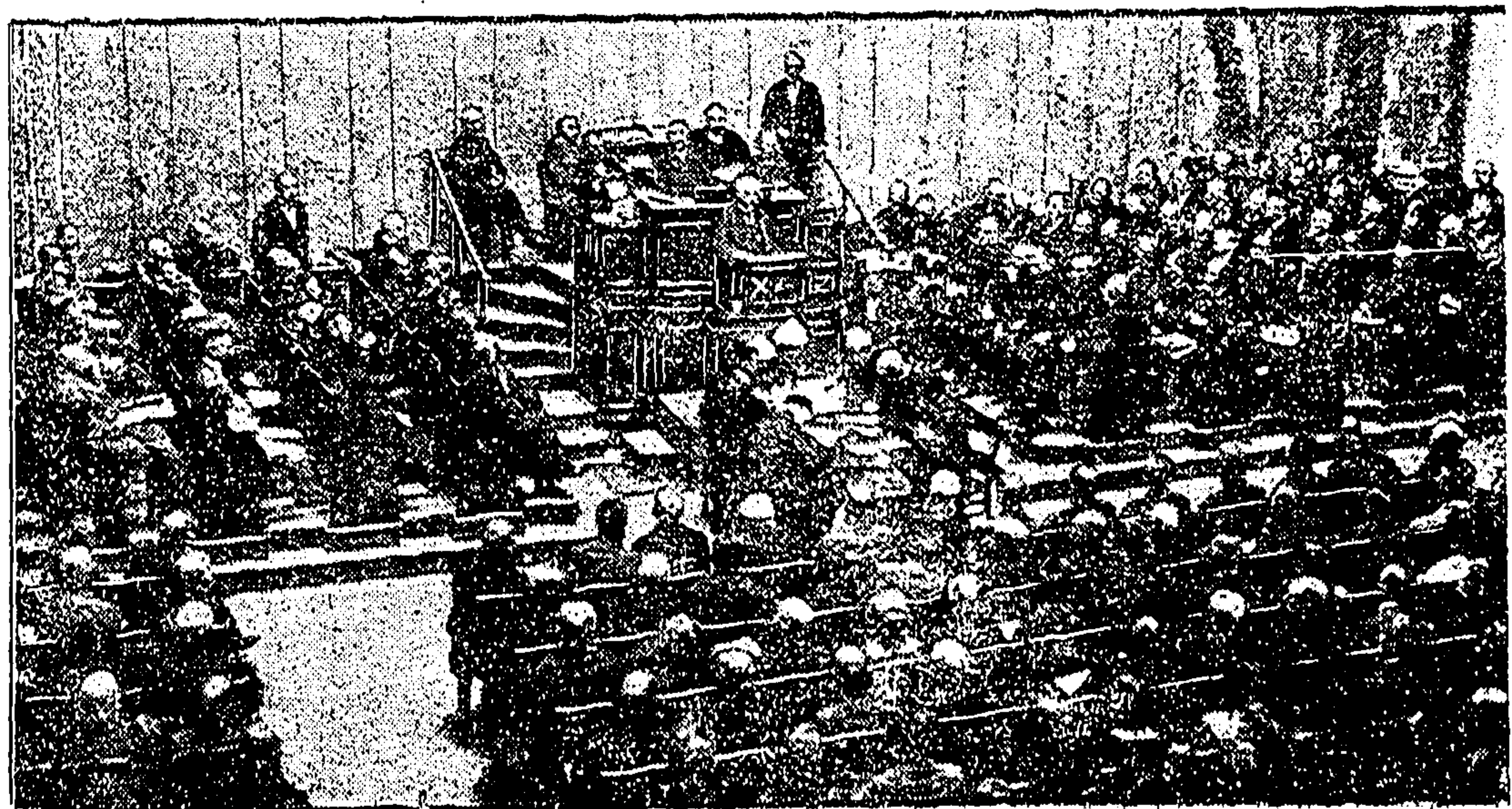
Der Berliner Korrespondent der „New York Sun“ hatte ein Interview mit Roske. Dieser erklärte, daß die Beschränkung der deutschen Armee Deutschland der Anarchie überliefern würde und daß die Beschränkung den Präsidenten Wilson des Betruges. Er hat den amerikanischen Offizieren in die Armeestatistik Einsicht gegeben. Die Offiziere waren mit ihm einig, daß Deutschland eine größere Armee nötig habe, um anarchistische Unruhen niederzuzwingen. Jetzt, wo der Friedensvertrag publiziert sei, ergebe sich, daß die Stärke der deutschen Armee auf dem Niveau von einem Drittel der Anzahl festgestellt ist, die die amerikanischen Offiziere als genügend bezeichneten. Vor allem äußerte sich Roske sehr erbittert über den Artikel des Vertrages, wodurch Deutschland verpflichtet würde, Milchkuhe abzugeben. Das müßte eine entsetzliche Zunahme der Kindersterblichkeit zur Folge haben. Wie der amerikanische Korrespondent weiter erklärt, würde niemand sich finden, der den Vertrag in seiner heutigen Fassung unterzeichne.

Die deutschen Proteste kein Bluff.

Die französische Presse versucht den Gedanken zu erwecken, Deutschland werde trotz aller Proteste den Friedensvertrag unterzeichnen. Gegen dieses Gebahren muß schärfster Protest erhoben werden, da die offensibare Absicht vorliegt, uns zu bezichtigen, wir versuchen einen großen Bluff und würden unterschreiben, auch wenn nichts an dem Vertrag geändert würde. Deshalb wird auch die Nachricht verbreitet, daß die Montagabend nach Deutschland abgereisten Minister und Sachverständigen nicht mehr zurückkehren und durch andere ersetzt werden würden. Bezeichnend ist übrigens auch, daß eine Widerlegung des Standpunktes, der in der deutschen Presse zum Ausdruck kommt, garnicht versucht wird.

Kein Unfall, keine Krise.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift: „Kein Unfall, keine Krise“: Seit einigen Tagen erscheinen hier und da Veröffentlichungen, die in der Friedensfrage einen Unfall der Regierung vorgeben, auch allerhand Kombinationen über Gegensätze innerhalb des Kabinetts daran fügen. Daß die Gerüchte halt-



Zur Tagung der Deutschen Nationalversammlung am 12. Mai.

„Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar, so unannehmbar, daß heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und Übermillionen Stehlen aus allen

Ländern ohne Unterschied der Partei der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!“ (Aus der bedeutungsvollen Rede des Ministerpräsidenten Scheidemann, den unser Bild (X) während derselben in der Deutschen Nationalversammlung zeigt.